



## Starke Heimat. Thüringen.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43

Am 26. Mai 2019 wählen die Thüringerinnen und Thüringer die Gemeinde- und Stadträte sowie Kreistage. Die CDU ist die Thüringer Kommunal- und Heimatpartei. Wir sind die Partei für Stadt und Land. Wir stehen für einen zukunftsfähigen ländlichen Raum und für starke Städte. Wir stehen dafür, dass in Thüringen gleichermaßen in Stadt und Land Zukunft stattfindet. Wir lassen keine Region im Stich, sondern kämpfen für gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Freistaat. Wir arbeiten für eine starke Heimat Thüringen.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern ist es uns gelungen, die rot-rot-grüne Gebietsreform zu verhindern. Das war ein großer Erfolg bürgerschaftlichen Engagements und hat gezeigt, dass es sich lohnt, für eine bürgernahe Politik zu kämpfen.

Innerlich gefestigte, leistungsfähige und von der Anerkennung und Mitwirkungsbereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger getragene Kommunen und Landkreise sind das Fundament eines starken Landes. Das Urteil über die Lebensqualität, über Gehen, Bleiben oder Kommen entscheidet sich vor allem dort. Thüringen lebt aus der Vielfalt und dem Stolz seiner Regionen, Dörfer, kleinerer und größerer Städte. Das ist der Boden, in dem die Verbundenheit mit Land und Leuten wurzelt, der Heimat und Zuhause sein ermöglicht.

Anspruch unserer Kommunalpolitik ist, dass die Menschen sich vor Ort zu Hause fühlen. Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten, eine funktionierende Daseinsvorsorge und Infrastruktur, ein intaktes soziales Umfeld, Natur- und Landschaftsschutz tragen entscheidend zu guten Lebensbedingungen bei. Überschaubare, vertraute und gestaltbare Lebensverhältnisse sorgen dafür, dass Bürger die Entwicklung ihrer Gemeinden, Städte und Landkreise als ihre Angelegenheit betrachten und sich ehrenamtlich engagieren.

Grundlage unserer Kommunalpolitik ist die uneingeschränkte kommunale Selbstverwaltung. Wir weisen den Anspruch der rot-rot-grünen Thüringer Koalitionsparteien zurück, in Gemeinden, Städten und Landkreisen vor allem Erfüllungsgehilfen bei der Durchsetzung lebensferner ideologischer Projekte zu sehen.

Zur Kommunalwahl am 26. Mai setzen wir uns insbesondere für folgende Schwerpunkte ein:

1. Unser gemeinsamer Protest mit den Lehrer- und Elternverbänden hat erste Erfolge gebracht. Dennoch löst die Schulgesetznovelle auch in ihrer jetzigen Form nicht die Probleme an den Thüringer Schulen. Wir stehen für wohnortnahe Schulen und Investitionen in unsere Bildungseinrichtungen. Wir werden deshalb intensiv gegen das rot-rot-grüne Schulgesetz kämpfen. Es gefährdet mit Mindestschülerzahlen kleine Schulstandorte besonders im ländlichen Raum und es sieht die Abschaffung der Förderschulen vor. Wir wollen weiterhin Förderschulen erhalten. Sie sind unverzichtbarer Bestandteil unserer vielfältigen Schullandschaft. Die Kommunalwahl wird deshalb auch zur Abstimmung über die Bildungspolitik im Freistaat.



- 44 2. Freiheit braucht Sicherheit und Ordnung. Deshalb setzen wir uns für gut ausgestattete Po-  
45 lizei und Ordnungsämter sowie deren starke Präsenz vor Ort ein. Unsere Sicherheitskräfte  
46 verdienen Respekt und Vertrauen, statt das bei Rot-Rot-Grün verbreitete Misstrauen. Bei  
47 entsprechendem Bedarf setzen wir uns im rechtlich zulässigen Rahmen für die Videoüber-  
48 wachung öffentlicher Plätze ein.
- 49 3. Wir stehen für moderne Infrastruktur. Das bedeutet Investitionen in den Öffentlichen Per-  
50 sonennahverkehr (ÖPNV), in Straßen bzw. Ortsumgehungen sowie Glasfaserleitungen. Der  
51 Breitbandausbau muss in hohem Tempo vorangetrieben werden. Wir werden vor Ort alle  
52 Voraussetzungen schaffen, damit Fördermittel des Bundes schnell fließen und mehr Tempo  
53 in den Ausbau der digitalen Infrastruktur kommt.
- 54 4. Wir streben eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge für die Zukunft an, soweit dies  
55 auf verfassungsrechtlich saubere und rechtssichere Weise umgesetzt werden kann. Die  
56 Linkscoalition hat zuvor in diesem Bereich durch eine Änderung des Kommunalabgabenge-  
57 setzes für maximale Unsicherheit gesorgt und durch eine verfassungsrechtlich bedenkliche  
58 Änderung funktionierende Regelungen zerschlagen.
- 59 5. Wir stehen für eine bürgernahe, schlanke Verwaltung, für bürgerorientierten Service -  
60 wohnortnah und digital. Je mehr von zu Hause aus erledigt werden kann, desto besser ist  
61 es. Verwaltung muss sich auf das Notwendige beschränken, damit sie nicht zur bürokrati-  
62 schen Last wird.
- 63 6. Bezahlbarer Wohnraum und die Bildung von Wohneigentum entwickeln sich durch die  
64 wachsende Nachfrage und Auflagen vielerorts zu ernsthaften Problemen. Zusätzlich zu den  
65 Vorhaben der neuen Koalition im Bund, wollen wir finanzielle Spielräume in Thüringen nut-  
66 zen und die von Rot-Rot-Grün erhöhte Grunderwerbsteuer wieder senken und bei der Re-  
67 form der Grundsteuer darauf achten, dass Kommunen nicht auf ihre Einnahmen verzichten  
68 müssen.
- 69 7. Wir wollen, dass die Menschen in Thüringen überall gut leben können und einen guten Zu-  
70 gang zu Kindergärten, Schulen und zu öffentlichen Nahverkehr haben. Starke Dörfer brau-  
71 chen die Unterstützung durch neue Formen des ÖPNV, durch Sammel- und Ruftaxis und  
72 durch Öffnung in der Bauordnung, damit auch im ortsnahen Außenbereich Wohnbebauung  
73 möglich werden kann.
- 74 8. Die Energiewende braucht Vernunft sowie Maß und Mitte. Wir setzen uns deshalb für ei-  
75 nen Windenergieausbau mit Augenmaß ein. Das bedeutet konkret, dass wir geeignete  
76 Mindestabstände zwischen Wohnbebauung und Windparks wollen (10h), dass wir gegen  
77 Windkraftnutzung im Wald sind und für eine Änderung des Baugesetzbuches eintreten,  
78 damit die Privilegierung der Windenergie entfällt.
- 79 9. Niemand soll wegen Krankheit, Alter oder Pflegebedürftigkeit seinen Heimatort verlassen  
80 müssen. Ein verlässliches und erreichbares Angebot an Ärzten, Apotheken, Krankenhäu-  
81 sern, Alten- und Pflegeheimen genießt hohe Priorität. Wir setzen uns dafür ein, dass über-  
82 all im Land die öffentliche Daseinsvorsorge gesichert ist.
- 83 10. Das öffentliche Leben entfaltet sich vor allem in einem vielgestaltigen ehrenamtlichen En-  
84 gagement, im Sport, in der Kultur, in Sozialverbänden, in Kirchen, den Freiwilligen Feuer-  
85 wehren und auch in der Kommunalpolitik. Wir wollen das Ehrenamt weiter stärken. Wir un-



- 86            unterstützen es unter anderem durch die Förderung von Museen, Kunst- und Musikschulen,  
87            durch Bürgerhäuser oder Sportstätten. Die Würdigung und Anerkennung des Ehrenamts  
88            bleibt der CDU Thüringen ein wichtiges Anliegen.
- 89            11. Das Vorhandensein öffentlicher Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Horten oder Ju-  
90            gendklubs und einer breiten ehrenamtlichen Kultur sind ausschlaggebend für die Integrati-  
91            onskraft der Kommunen. Sie bieten die Chance, bleibeberechtigte Ausländer in die örtliche  
92            Gemeinschaft entsprechend der deutschen Leitkultur einzugliedern und die Entstehung  
93            von Parallelgesellschaften zu verhindern. Wir wollen die Kommunen dabei mit einem Lan-  
94            desintegrationsgesetz unterstützen.
- 95            12. Ausdrücklich unterstützen wir freiwillige Neugliederungen, um die Leistungsfähigkeit der  
96            Kommunen bei zurückgehender Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft zu erhalten. Existie-  
97            rende Verflechtungsbeziehungen und die Interessen der Nachbarkommunen sind dabei zu  
98            berücksichtigen. Ohne Zwang konnten damit durch die letzte CDU-geführte Landesregie-  
99            rung 298 Kommunen neu gegliedert werden. Rot-Rot-Grün hat über drei Jahre verschwen-  
100            det, bevor es auf diesen Weg zurückkehrte. Doch allen neu gegliederten Kommunen, die  
101            längerfristig weniger als 6000 Einwohner haben, drohen weiterhin Zwangsfusionen. Wir  
102            geben allen neu gegliederten und leistungsfähigen Kommunen eine Bestandsgarantie.
- 103            13. Kleine Kommunen dürfen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) nicht ge-  
104            genüber großen Kommunen benachteiligt werden. Wir wollen diese Kürzungen in der  
105            Hauptansatzstaffel deshalb korrigieren, damit Kommunale Selbstverwaltung auch wirklich  
106            möglich bleibt.